

Zimmermann, Klaus F.

Article

Vom Elend des Wehr- und Zivildienstes: Kommentar

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Zimmermann, Klaus F. (2009) : Vom Elend des Wehr- und Zivildienstes: Kommentar, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 76, Iss. 46, pp. 810-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151877>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Vom Elend des Wehr- und Zivildienstes

von Klaus F. Zimmermann*

Bis 1999 waren es noch 20 Monate. Dann wurden es stetig weniger, zuletzt – 2004 – nur noch neun Monate. Nun soll der Zivildienst weiter gekürzt werden. Nach dem Koalitionsvertrag wird die neue Bundesregierung mit dem Wehrdienst auch den Zivildienst auf sechs Monate beschränken. Etwas verklausuliert: „Die künftige Struktur der Wehrpflicht wird sich im Zivildienst widerspiegeln...“

Wohin die weitere Reise geht, ist nicht schwer zu erraten. Sozial- und Wohlfahrtsverbände und die Bundeswehr haben ihre Unzufriedenheit schon lautstark artikuliert.

Die Gründungsidee war notwendig und gut. Der Kalte Krieg schien entsprechende Verteidigungsstrategien auch für Deutschland erforderlich zu machen. Die junge Demokratie sollte gegen die Entwicklung einer Militärelite geschützt werden. Man vertraute deshalb auf die Wehrpflicht mit dem Leitbild des „Bürgers in Uniform“. Gleichzeitig sollte nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs das Gewissen geschützt werden: Man durfte und sollte auch den Dienst an der Waffe verweigern können.

Inzwischen gibt es Ungerechtigkeiten und Verlegenheiten zuhauf. Und noch viel schlimmer: Die gefundenen Lösungen sind auch immer weniger sachgerecht. Die politische Großwetterlage erfordert immer klarer eine Berufsarmee. Eine Armee heute muss eine hoch flexible Krisenarmee sein. Die Einsatzorte und Einsatzweise sind nicht mehr vorhersehbar. Eine „flexible response“ ist unabdingbar, bei der hoch professionalisierte Fachkräfte operieren.

Auch der Zeitgeist hat sich in den letzten 60 Jahren gewandelt. Zwar gibt es immer noch viele, die Ihre Erfahrungen im Zivildienst nicht missen möchten. Auch ich habe in meiner Zeit bei der Unfallrettung und im Krankentransport viel gelernt – menschlich, sozial und gesellschaftspolitisch.

Unübersehbar ist das Gerechtigkeitsdefizit. Hierzu nur eine Zahl: Nur die Hälfte der Wehrpflichtigen wird derzeit eingezogen.

Aus volkswirtschaftlicher Sicht ist eine Berufsarmee kostengünstiger als eine Wehrpflichtarmee. Mit dem Wegfall der Wehrpflicht würde auch der Zivildienst in bisheriger Form fallen. Der Zivildienst schadet dem Arbeitsmarkt. Der Gesetzgeber fordert zu Recht, dass der Zivildienst arbeitsmarktneutral ist. Dies ist er seit langem nicht mehr, denn er blockiert reguläre Arbeitsplätze. Auch wird das Lohnniveau im Pflegesektor negativ beeinflusst. Und hochqualifizierte Menschen stehen dem Arbeitsmarkt erst spät in ihrer Bestform zur Verfügung und erhöhen somit den Fachkräftemangel.

Die Wehrpflicht soll nach dem Koalitionsvertrag im Grundsatz bestehen bleiben. Dieser Grundsatz ist durch die Reduzierung noch mehr als bisher obsolet geworden. Die Abschaffung des Wehr- und Zivildienstes und die Schaffung einer Berufsarmee wären die konsequente ökonomische und gesellschaftspolitische Lösung.

* Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann ist Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin).

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Alexander Kritikos
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion

Tobias Hanraths
PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die Stabs-
abteilung Kommunikation des DIW
Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.